

Gewerkschaftsmitglied aus Überzeugung:



Friedrich Herschelmann

**BEZIRKSGRUPPE WESTHESSEN IN DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI,
POLIZEI-SOZIALHILFE HESSEN E.V. UND DER
PSG POLIZEI SERVICE GESELLSCHAFT MBH HESSEN**

POLIZEI REPORT

Informationen • Nachrichten • Mitteilungen
der Bezirksgruppe Westhessen
der Gewerkschaft der Polizei und der
Polizeisozialhilfe Hessen e.V. und der
PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen

www.gdp.de/hessen



für den Großraum Wiesbaden - Rheingau - Taunus
Hochtaunus - Main-Taunus und Limburg-Weilburg

Herausgeber:

PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen
Wilhelmstraße 60a, 65183 Wiesbaden
Tel.: (06 11) 9 92 27-0.
Geschäftsführer: Heinrich R. Jud, Ppa. Jörg
Bruchmüller (Landesvorsitzender GdP Hessen)

Verleger:

POLREPORT-Verlagsges. mbH für Öffentlichkeits-
arbeit, Kölner Straße 132, 57290 Neunkirchen
Geschäftsführer: H. R. Jud

Büro Frankfurt:

Seckbacher Landstraße 6, 60389 Frankfurt
Telefon (0 69) 7 89 16 52

Verantwortlich für den Anzeigenteil:

Stephan Buschhaus, Oliver Jochum

Redaktion/Redaktionsanschrift:

Dieter Kurth, Lothar Hölzgen, Peter Wittig
Gewerkschaft der Polizei, BZG Westhessen
Konrad-Adenauer-Ring 51, 65187 Wiesbaden

Druck und Verarbeitung: NK-Vertrieb GmbH, Abt.
NK-DRUCK, 57290 Neunkirchen

Erscheinungsweise: 15.3. / 15.6. / 15.9. / 01.12.

Der Bezugspreis von 2,60 ist im Mitgliedsbeitrag
enthalten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte
wird keine Gewähr für Rücksendung oder Veröffent-
lichung übernommen. Nachdruck aller Artikel, auch
auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion
gestattet. Kürzungen der Artikel bleiben vorbehalten;
die mit Namen versehenen Beiträge stellen nicht
unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Alle Artikel
werden nach bestem Wissen, aber ohne Gewähr
veröffentlicht. Abgedruckte Beiträge gehen in das
Verfügungsrecht des Herausgebers über. Die Benut-
zung von Anschriften zu Werbezwecken ist untersagt
und wird als Verstoß gegen die gesetzlichen
Bestimmungen über unlauteren Wettbewerb (Gesetz
vom 7.6.1909) bzw. als Verletzung des Urheberrechts
(Gesetz vom 09.9.1965) strafrechtlich verfolgt. Auch
ist die Benutzung von Ausschnitten zur Anzeigen-
werbung untersagt.

Redaktionsschluß 1.2. / 1.5. / 1.8. / 1.11.
(ISSN 0937-535 X)

Aus dem Inhalt

Schutz für die Beschützer

Seite 5

Jahreshauptversammlung
KG Bad Homburg

Seite 8

Neue Kreisgruppenvorstände

Seite 11

Trikotspende

Seite 12

40 Jahre Mitglied in der
KG Wiesbaden

Seite 12

GdP-Doppelkopfturnier

Seite 13

GdP Frauengruppe informiert

Seite 15

Tagesseminar für Seniorinnen
und Senioren

Seite 16

2. Verkehrs-Politisches Forum

Seite 19

Unfallflüchtiger mit DNA überführt

Seite 25

Ein guter Tag für den Angeklagten

Seite 26

Streit um 34 endet fast tödlich

Seite 27

Heinz Pult wurde 85 Jahre alt

Seite 28

Frühling an der Saar

Seite 29

Bekanntmachungen

Seite 28



Zum Titelbild:

Norbert Fischer (bis März 2009 Vorsitzender der Kreisgruppe Bad Homburg) beglückwünscht Friedrich Herschelmann zu seinem 60jährigen Gewerkschaftsjubiläum.

Schutz für die Beschützer-

Anerkennung für einen gefährlichen Beruf

Liebe Kolleginnen und Kollegen,



der Beruf des Polizeibeamten genießt in der Öffentlichkeit ein sehr hohes Ansehen. Dies gilt im Übrigen für alle so genannten Helferberufe. erinnert sei auch an die Kienbaum-Studie, in der der Polizist/die Polizistin im oberen Bereich angesiedelt war.

An diesen Tatsachen hat sich auch im Jahre 2009 nichts geändert.

Auch die Politik rühmt sich immer wieder und regelmäßig bei öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen über ihre ausgezeichnete und gute Polizei.

Wie sagt doch immer wieder unser Innenminister auch über die Landesgrenzen hinaus-

„Wir haben die bestausgebildete, bestausgestattete und bestbezahlte Polizei Deutschlands“.

Sehr geehrter Herr Bouffier, dies ist ein Spruch, den man wirklich langsam nicht mehr hören kann.

Blicken wir doch mal hinter die Kulissen.

Seit Jahren wurde das Personal bei der hessischen Polizei geschröpft. Ich erinnere gerne an unsere Postkartenaktion, bei der wir auf diese Misere hingewiesen haben.

Die Köpfe wollten sie uns abreißen, alles Lug und Trug. Die Kampagne gegen die GdP ging soweit, dass unser LPP, Herr Nedela, öffentlich in der Bild-Zeitung zu Austritten aus der GdP aufgefordert hat.

Ja, so war das, liebe Herren der bestausgestatteten Polizei Deutschlands.

Und heute?

Alles kalter Kaffee- heute darf man sogar von ihrer Seite zugeben, dass wir personell ein Problem bei der hessischen Polizei haben. Ich erinnere gerne an eine der letzten Landtagsdebatten, in der unser Innenminister genau das eingeräumt hat, er aber, Zitat, „sich keine Polizisten backen kann“.

Ist das nicht schön? So ist das halt, wenn man wieder an der Regierung ist, und den lügenden Gewerkschaften plötzlich zusprechen kann.

Zurück zur besten Polizei Deutschlands.

Lieber Herr Bouffier, lieber Herr Nedela, sind sie denn wirklich von dem überzeugt, was sie da sagen, stehen sie wirklich dazu? Dann begeben sie sich doch mal in die Niederungen der polizeilichen Arbeit. Gehen sie doch mal in die Dienstgruppen und Kommissariate, schauen sie sich die besten Polizisten dort an, wo es am meisten weh tut. Und jetzt sagen sie nicht, das machen sie regelmäßig. Nein, das machen sie nicht, sonst wüssten sie besser, was dieser Spruch noch mit der Realität zu tun hat- nämlich gar nichts!

Nehmen wir doch mal das Beispiel eines Polizeibeamten im Wechselschichtdienst. Die 5. Dienstgruppe- eine Errungenschaft aus der Zeit der 38,5 Stunden-Woche, die sie vor einigen Jahren jäh zerstört haben. Vereinbarkeit von Familie und Beruf, damit wird heute noch geworben, ist aber bereits fast gestorben.

Sie wissen eben nicht, was diese Erhöhung der Wochenarbeitszeit im Schichtdienst bedeutet- und behaupten sie nicht das Gegenteil, sie wissen es wirklich nicht.

3 freie Tage nach einem Nachtdienst- Mensch wird da einer sagen, wo gibt es das denn sonst noch?

Was ist denn die Realität? Man kann ja inzwischen froh sein, wenn der Tag nach dem Nachtdienst ein

freier Tag ist, wenn man davon überhaupt sprechen kann.

Der 2. und 3. Tag nach dem Nachtdienst steht inzwischen nicht mehr zur Verfügung, um die Kriminalität zu bekämpfen oder Verkehrssicherheitsarbeit durch zusätzliche, eigenständig geplante Dienste zu stärken. Nein, meine Herren, hier sind Dienste in den anderen Dienstgruppen zu leisten, damit die Mindestwachstärke gehalten werden kann.

Ich spreche bewusst nicht die zusätzlichen Dienste durch Einsatzlagen, Ad-Hoc-Gruppen und Fußballspiele an, auch nicht die andauernde Flughafenlage (man überlege es wäre so gekommen wie befürchtet). Nein, alleine der Umstand, dass die Kolleginnen und Kollegen gar nicht mehr wissen, ob sie übermorgen frei haben oder nicht, ist ein unhaltbarer Zustand, der alleine ihrem Personalabbau zu schulden ist.

Was sind die Folgen, wenn sich Menschen so zerreißen und besonders im Schichtdienst die innere Uhr einfach stehen bleibt- natürlich, man zeigt die ersten Krankheits-symptome.

Bei der Polizei steigern sich die Zahlen der eingeschränkt dienstfähigen Kolleginnen und Kollegen monatlich. Ich wundere mich eigentlich, dass es nicht noch mehr sind und alle immer noch hoch motiviert ihren Dienst verrichten.

Zurück zu ihrem Spruch der besten Polizei in Deutschland.

Bestbezahlt? Von was gehen sie denn da eigentlich aus, wenn sie von der Bezahlung sprechen. Alle sind inzwischen im gehobenen Dienst, o.k., da sind wir uns einig.

Wie ist denn die Bezahlung dort, wo die Arbeit richtig weh tut? Ich spreche von den Schichten auf den Stationen, Revieren und Kommissariaten, ich spreche von den Fahndungen, operativen Einheiten und Einsatzkommandos, ich spreche

auch von den vielen Kolleginnen und Kollegen, die nicht im regelmäßigen Tagesdienst tätig sind, sondern ihren Dienst mit besonders belastenden Arbeitszeiten verrichten.

0,77 Euro, 1,28 Euro und 2,80 Euro- meine Herren was sagen ihnen denn diese Zahlen?

Nichts, wahrscheinlich, das sind die derzeitigen Zuschläge für die Dienste zu ungünstigen Zeiten. Ich wollte es einfach mal so erwähnt haben, da sich hier seit Ewigkeiten nichts, aber auch gar nichts bewegt hat.

Verkneifen möchte ich mir aber nicht den Hinweis auf den bayerischen Innenminister, Herrn Joachim Herrmann, der im Januar verkündet hat, dass die Belastungen dieser Polizeibeamten besser entschädigt werden müssen, hat doch vor allem Nachtdienst erhebliche Auswirkungen auf Gesundheit und das persönliche und soziale Umfeld.

Herr Herrmann wird in den nächsten Monaten konkrete Gespräche mit den Personalräten und Gewerkschaften führen. Ziel ist es, schon vor der allgemeinen Dienstrechtsreform eine Verbesserung auf den Weg zu bringen.

Lieber Herr Bouffier, lieber Herr Nedela, ist das nicht was, ist das nicht ein Zeichen? Das könnten sie auch, wenn sie wollten. Im Übrigen haben wir doch in Bayern die glei-

che Regierungskoalition wie in Hessen, oder? Können oder machen die es einfach besser?

I have a dream

Sie haben ein erstes Zeichen in der aktuell zur Lesung stehenden Landtagsdebatte gesetzt. Die Erschwerniszulagen für SEK und MEK soll auf 300 Euro erhöht werden. Schön, aber nicht alles. Kommen sie endlich der jahrelangen Forderung der GdP nach und öffnen sie sich für eine angemessene Zulagenregelung für alle belastend arbeitenden Kolleginnen und Kollegen.

Und wo ich gerade noch bei ihren Amtskollegen in Bayern bin. Dort gibt es auch eine Urlaubsverordnung, ähnlich der unseren. Jedoch mit ein paar kleinen Unterschieden.

Seit einiger Zeit berechnet man den Zusatzurlaub für Polizeibeamte im Schichtdienst nach Nachtstunden. Das haben wir ja inzwischen auch erreicht.

Nur ist der Anspruch in der bayerischen Verordnung mit bis zu 6 Tagen hinterlegt- nur mal so ein kleiner Hinweis.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unser Grundgesetz feiert in diesen Tagen Geburtstag. Frieden und Freiheit, Grundsäulen unserer Verfassung, einhergehend mit dem Prinzip des staatlichen Gewaltmonopols.

Mit sich jährlich wiederholenden Vorkommnissen wie die so genannten Maikrawalle müssen sich die Bürger nicht abfinden. Dies waren die Worte des Bundesinnenministers Schäuble nach den diesjährigen Auseinandersetzungen.

Sehr geehrter Herr Schäuble, lieber Innenminister Bouffier, nicht nur die Bürger, auch die eingesetzten Kolleginnen und Kollegen müssen sich das nicht weiter gefallen lassen.

Sie halten nämlich immer wieder den Kopf hin und sind die Leidtragenden. Über 300 verletzte Polizeibeamte in Berlin und Hamburg, Versuche, Polizeibeamte anzustechen. Nein, das müssen wir uns auch nicht gefallen lassen. 44 Haftbefehle, 4 wegen versuchten Mordes- ich bin auf die Ausgänge der Verfahren gespannt.

Setzen sie bitte Zeichen dafür, dass so etwas nicht weiter für jeden Chaoten möglich ist, egal ob links oder rechts.

Angriffe auf Polizeibeamte sind nicht nur eine „normale Körperverletzung“, nein sie greifen auch gleichzeitig den Staat an.

Schützen sie die, die den Staat schützen!

Habe fertig

Peter Wittig

Zeckenbiss kann Dienstunfall sein

Der 1. Senat des Oberverwaltungsgerichts Saarlouis hat am 24. April 2009 in einem Berufungsverfahren ein auch für hessische Polizeibeamte interessantes Urteil gefällt. Danach ist ein Zeckenbiss, den sich eine Beamtin oder ein Beamter während der Dienstausbübung erleidet ein Dienstunfall, selbst wenn sich eine Folgeerkrankung noch nicht eingestellt hat.

In Kurzfassung entschied das OVG wie folgt:

„Ein Zeckenbiss bzw. -stich ist bei Vorliegen der Voraussetzungen des § 31 Abs. 1 BeamtVG auch dann als Dienstunfall anzuerkennen, wenn

sich eine Folgeerkrankung (noch) nicht eingestellt hat.

Der Nachweis, dass ein Polizeibeamter, der sich zur Ausübung seiner dienstlichen Verrichtung in einem Umfeld aufgehalten hat, in dem zu fraglichen Jahreszeit mit dem Auftreten von Zecken zu rechnen ist, während dieser dienstlichen Verrichtung von einer Zecke befallen wurde, ist geführt, wenn das Gericht aufgrund der Gesamtumstände – insbesondere der Schilderung des Ablaufs des dienstlichen Einsatzes und der sich schlüssig widerspruchsfreien Angaben des Beamten zu seinem Aufenthalt vor und nach dem Dienst – zu der Überzeu-

gung gelangt, dass der Beamte sich die am Morgen nach dem Dienst entdeckte noch kleine Zecke mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit während des Dienstes zugezogen hat.“

Geklagt hatte ein Kollege aus dem Saarland – natürlich mit GdP-Rechtsschutz – gegen seine oberste Dienstbehörde, dem Ministerium für Inneres, der offensichtlich während eines Verkehrsüberwachungsdienstes von einer Zecke befallen wurde vorsorglich für den Fall einer später auftretenden Infektion oder sonstigen Komplikationen.

dk

Dietmar Steiner neuer Kreisgruppenvorsitzender

Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe Bad Homburg

Recht gut besucht war die Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe Bad Homburg Mitte März im „Hotel Victoria“ (nomen est omen!), standen doch Neuwahlen des gesamten Vorstands an.

Norbert Fischer begrüßte die Anwesenden, insbesondere auch den Bezirksgruppenvorsitzenden Peter Wittig. Gegen die vorgelegte Tagesordnung wurden keine Einwände gebracht.

Zu Beginn der Versammlung gedachten die Anwesenden der im abgelaufenen Jahr verstorbenen Mitglieder, Anneliese Michalke und Rudolf Kriegshammer.

Danach wurden folgende Kollegen für ihre treue Mitgliedschaft in der Gewerkschaft mit Urkunde, Ehrennadel und Präsentkorb geehrt:

Friedel Herschelmann für 60jährige, Rainer Prevenius, Klaus Schulz, Rudi Zankl und Heinz Menger, der krankheitsbedingt nicht anwesend sein konnte, für 50jährige und Siegfried Müller und Martin Schneider für 25jährige Zugehörigkeit.

Nun berichtete Norbert Fischer von der Arbeit des Vorstands, der Mitgliederentwicklung der Kreisgruppe und der durchgeführten „Winteraktion“, die von der Bezirksgruppe initiiert wurde. Der Rechtsschutz, ein wesentlicher Service unserer Gewerkschaft, wurde von zwei Kollegen im vergangenen Jahr in Anspruch genommen.

Fischer legte der Versammlung dar, dass das traditionelle Grillfest im Jahr 2008 wegen der vielfältigen Einsatzlagen nicht stattfinden konnte. In diesem Zusammenhang gab er den Termin für dieses Jahr mit dem 04. Juni 2009 an.

Bernd Niehus konnte dann in seinem Kassenbericht von einer gesunden Finanzlage berichten, in diesen Tagen nicht eben selbstverständlich.



Dietmar Steiner

Aufgrund der überzeugenden Darstellungen gab es keine Nachfragen zu den Berichten, der Vorstand wurde anschließend einstimmig entlastet.

Dann verabschiedete Norbert Fischer Dagmar Heidelberger und Bernd Niehus aus dem Vorstand, weil sie in absehbarer Zeit aus dem aktiven Dienst ausscheiden und für eine Neuwahl nicht mehr zur Verfügung stehen. Er bedankte sich mit einem Präsent für langjährige Mitarbeit im Vorstand.



Die Jubilare, v.l.n.r.: Rudi Zankl, Klaus Schulz, Peter Wittig (BZG-Vors.), Norbert Fischer (KG-Vors.) sitzend, Rainer Prevenius, Martin Schneider und Siegfried Müller

Nun kam es zu den Neuwahlen für die Vorstandsposten, die Peter Wittig als einstimmig gewählter Wahlleiter durchführte.

Dank der guten Vorbereitung des „alten“ Vorstands, konnten die Wahlen reibungslos durchgeführt werden. Per Akklamation wurde der Vorstand der Kreisgruppe wie folgt neu gewählt:

Vorsitzender:
Dietmar Steiner

Stellv. Vorsitzender:
Siegfried Müller

Kassierer:
Otto Peter Schulze

Schriftführer:
Gerhard Konert

Beisitzer/in Frauen:
Mariana Wolf

Tarifbeschäftigte:
Klaudia Ollarius

Junge Gruppe:
Marco Hill

Pensionäre:
Dieter Kurth

Gender-Beauftragte:
Verena Vinter

PSt Bad Homburg:
Markus Körner

Daniel Schwarzer

PSt Oberursel:
Peter Hofmann

PSt Königstein:
Nils Stößinger

RKI:
Matthias Ahäuser

Ordnungspolizei:
Armin Pogodsky

Kassenprüfer:

Joachim Moos und Norbert Fischer

Alle Gewählten nahmen ihre Wahl an.

Der neugewählte Vorsitzende, Dietmar Steiner, dankte Norbert Fischer für seine für die Kreisgruppe geleistete Arbeit.

Jetzt folgte der gewerkschaftspolitische Bericht des Bezirksgruppenvorsitzenden Peter Wittig.

Er stellte die Gewerkschaftsarbeit auf Bezirks- und Landesebene dar und schilderte anschaulich die Auswirkungen der „PVS“ auf die Dienststellen. Personalnot an allen Ecken.

Auch die für Hessen geplante Dienstrechtsreform fand Erwähnung, konnte aber wegen nicht konkret vorliegender Absichten der Regierung nur sehr vage dargelegt werden.

In einer sich anschließenden lebhaften Diskussion wurde kritisiert, dass die Politik immer mehr Einfluss auf die Polizeiarbeit nimmt und über den Landespolizeivweser Norbert Nedela Vorgaben macht, die mit dem vorhanden Personal einfach nicht machbar sind.

Die Versammlung war sich einig, dass seitens der GdP höherer Druck auf die ignoranten Politiker ausgeübt werden müsse. Man stellte fest, dass die einzelne Führungsbeamtin oder der einzelne Führungsbeamte



Dietmar Steiner bedankt sich bei Norbert Fischer. Links: Komert, rechts: Wittig.



Gut besuchte Versammlung

gar keine Möglichkeit mehr habe, etwas zu ändern. Schlechte oder unangenehme Nachrichten und Entwicklungen dürften nicht beim Namen genannt werden und schon gar nicht öffentlich gemacht werden. Verstößt jemand gegen diesen

„Grundsatz“, wird ihm nicht nur ein Maulkorb verpasst, sondern er wird auch noch gemäßregelt oder gar gedemütigt.

Es scheint klar, wer sich für die Interessen der Kolleginnen und Kollegen in Zukunft einsetzen will, muss viel Einsatz bringen und braucht einen breiten Buckel. (Aber wir wissen: wer kämpft, kann verlieren, wer nicht kämpft, hat schon verloren! – also kämpfen wir weiter!!!)

Der „alte“ Vorsitzende, Norbert Fischer, bedankte sich bei den Teilnehmern und lädt dann zu einer gemütlichen Gesprächsrunde bei ordentlichem Abendessen ein.

Eine Jahreshauptversammlung geht zu Ende – der neugewählte, junge Vorstand lässt uns auch weiterhin positiv in die Zukunft der Kreisgruppe Bad Homburg blicken.

dk



Norbert Fischer(l.) mit Peter Wittig (r.)

Neue Kreisgruppenvorstände im Rheingau und Bad Homburg

In den westhessischen Kreisgruppen Rheingau und Bad Homburg fanden die diesjährigen Jahreshauptversammlungen statt.

Am 17. März versammelten sich die Mitglieder der KG Bad Homburg in Kirdorf und wählten den neuen Vorstand. Hier kam es zu einem Wechsel im Kreisgruppenvorsitz. Der bisherige Vorsitzende Norbert Fischer kandidierte nicht mehr. Als sein Nachfolger wurde Dietmar Steiner gewählt. Im Weiteren gehören dem neuen Vorstand an:

Siegfried Müller (Stv.), Otto-Peter Schulze (Kassierer), Gerhard Konert (Schriftführer), Mariana Wolf (Frauen), Klaudia Ollarius (Tarif) sowie die Beisitzer Daniel Schwarzer, Markus Körner (Bad HG), Peter Hoffmann (Oberursel), Nils Strößinger (Königstein), Matthias Ahäuser (RKI), Marco Hill (Junge Gruppe), Verena Vinter (Gender), Armin Pogodsky (HiPo) und Dieter Kurth (Pensionäre).

In Hattenheim fand am 22. März die Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Rheingau statt.

Hier standen Neuwahlen des gesamten Vorstandes auf der Tagesordnung. Als neuer Vorsitzender wurde der 26-jährige Daniel Klimpke gewählt.

Ihm zur Seite stehen Gregor Bader (2.v.r) als Kassierer, Volker Freiding (li.) als Schriftführer und Dieter Kilian (re.) als Seniorenvertreter.

Wir gratulieren allen Kolleginnen und Kollegen zur Wahl und wünschen den erhofften Erfolg.

Die Erreichbarkeiten der Vorstände sind auf der Homepage der GdP eingestellt.

Peter Wittig

KG Rheingau



Der neue Vorstand v.l.n.r.: Freiding, Klimpke, Bader, Kilian

KG Bad Homburg



Der neugewählte Vorstand v.l.n.r. vorne: Hill, Venter, Pogodsky, Ahäuser, Mitte: Körner, Konert, Ollarius, Schwarzer, Wolf, hinten: Steiner, Müller, Strößinger und BZGVors. Wittig.

Gemeinsam sind wir stark –

darum GdP!

Trikotspende der Kreisgruppe Rheingau

Die Polizeistation Rüdeshheim nahm am 25.04.2009 wieder einmal am internationalen 10 Meilen-Lauf in Lich teil.

Das Besondere war in diesem Jahr, dass die Kollegen der Station aus Rüdeshheim mit einem neuen Outfit auftreten konnten. Diesen Trikotsatz spendete die Kreisgruppe Rheingau der GdP. Nun wird auch optisch die Gemeinschaft der Rüdeshheimer Kollegen verdeutlicht.

Teamleiter Dirk Sauerwein sprach im Namen der Polizeistation Rüdeshheim der Kreisgruppe seinen besonderen Dank aus.

Die Trikots stehen natürlich für alle Zwecke zur Verfügung. Anfragen bitte an die Kreisgruppe Rheingau richten



Daniel Klimpke



GdP – Gut, dass es sie gibt!

40 Jahre Mitglied der Kreisgruppe Wiesbaden

Horst Wizenrath wurde für 40 Jahre GdP-Mitgliedschaft geehrt. Während einer Vorstandssitzung der Bezirksgruppe, der Horst noch immer als Arbeitnehmersvertreter angehört, nahm Michael Wenzek als Kreisgruppenvorsitzender die Ehrung vor.

Seine GdP überreichte ein Präsent, das Horst natürlich sehr gut gebrauchen konnte.

Er befindet sich seit ein paar Wochen in der Ruhephase der Alterszeit, ist aber noch immer regelmäßiger Gast bei uns.

Auch von der Polizei an sich hat er sich nicht weit entfernt, ist doch das neue 1. Polizeirevier seit kurzem sein direkter Nachbar geworden.

Peter Wittig



Ehrung durch Kreis- und Bezirksgruppe

Das 7. GdP-Doppelkopfturnier der KG Limburg-Weilburg förderte eine besondere „Siegerin“ zu Tage!

Die Kreisgruppe Limburg-Weilburg bereitet das 7. Doppelkopfturnier in der „Freiherr-vom-Stein-Kaserne“ auch in diesem Jahr für die doppelkopfbegeisterten Kolleginnen und Kollegen vor. Der Ablauf mit dem Ergebnis am Ende sorgte für eine besondere Überraschung.



Von links, Günther Heger, Uwe Hölzgen Stefan Bahr und Conny Hölzgen führte das Los in der ersten Runde zusammen. Der Kampf um jeden Stich und Pluspunkte hatte begonnen.



Jörg Geppert, Kerstin Klein, Uwe Jung und Jürgen Frink haben zu Beginn in der ersten Runde sichtlich Spaß an dem Turnier.



V. l. Conny Hölzgen, Klaudia Groß und Kerstin Klein ließen Stefan Bahr und Peter Kraus in dieser Runde kaum eine Chance zum Punktegewinn.



Beim Verlesen der Punktestände konnte man es kaum noch spannend machen – das Ergebnis hatte sich unter den „Zockern“ schon herumgesprochen.

Alt bekannte Gesichter, also die „üblichen Verdächtigen“, die im Kampf um den Pokal erneut angetreten waren, aber auch ein neues Gesicht hatten sich am 28. April in der Freiherr-vom-Stein-Kaserne in Diez eingefunden.

Rainer Becker und Peter Kraus vom Vorstand der Kreisgruppe Limburg-Weilburg hatten die Organisation und die Durchführung des Turniers hervorragend im Griff und konnten sich darauf mit vielen kleinen Überraschungen freuen. Die Spielregeln waren ausgelegt. An Hand der Regeln waren Punktewertung und Spielvarianten nachvollziehbar und nach der ersten Auslosung konnte an zwei „Fünfertischen“ und einem „Viertertisch“ in die Ermittlung der besten Spieler an diesem Tag eingestiegen werden. Relativ unaufgeregt stellte man am Ende der ersten Runde fest, dass sieben Teilnehmer Pluspunkte auf ihrem Konto zu verzeichnen hatten und alle auch relativ dicht zusammen lagen. Jedenfalls räumte man diesem Personenkreis eine gewisse Siegchance ein.

Das Los führte die spätere Siegerin an einen Tisch mit einem leichten „Frauvorteil“. In der Summe der Spiele konnte Conny 17 mal Pluspunkte auf ihrem

Konto verbuchen und erreichte am Ende in dieser Runde 56 Punkte. In der Addition der 18 Punkte aus der ersten Runde reichten diese 74 Punkte um den Gesamtsieg mit immerhin 13 Punkten Vorsprung zu sichern. In der kurzen Geschichte unseres Turniers ist Conny die erste weibliche Teilnehmerin, die sich in die Reihe der Sieger stellen konnte. Bei der Siegerehrung konnte man Ihr die Freude ansehen, sie war dementsprechend mächtig stolz

Neben konzentrierten Spielen blieb nicht nur während des Verlaufs, sondern auch nach dem Turnier in geselliger Runde noch viel Zeit für einen Austausch, den fast alle Teilnehmer gerne nutzten.

- 1. Platz Conny Hölzgen 74 Punkte
- 2. Platz Rainer Becker 61 Punkte
- 3. Platz Jörg Geppert 40 Punkte



Die strahlenden Sieger unseres diesjährigen Turniers. V. l. Jörg Geppert, Conny Hölzgen und Rainer Becker.

Lothar Hölzgen

GdP Frauengruppe Hessen informiert:

Dienstliche Fortbildung während einer Beurlaubung

Die Frage nach Möglichkeiten der Fortbildung während einer Beurlaubung, überwiegend bei Elternzeiten, wird immer wieder vor Ort rege diskutiert.

Grundsätzlich gilt hierzu Folgendes:

Nach § 11 des Hessischen Gleichberechtigungsgesetzes (HGIG) sind Maßnahmen zur Personalentwicklung unter Berücksichtigung der Chancengleichheit von Frauen und Männern und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie als Leitprinzip zugrunde zu legen. Entstehen durch die Teilnahme an dienstlichen Fortbildungsmaßnahmen unvermeidliche Kosten für die Betreuung von Kindern unter 12 Jahren oder pflegebedürftigen Angehörigen, so werden diese erstattet. Die Kostenerstattung ist innerhalb eines Monats schriftlich zu beantragen. Personalentwicklungsmaßnahmen sollen so angeboten werden, dass die Hälfte der Plätze mit Frauen besetzt werden kann.



In der Praxis bedeutet dies:

Die Bediensteten in Beurlaubung haben Anspruch auf dienstliche Fortbildung.

Bei dem Sachgebiet für Aus- und Fortbildung (AuF) der Abteilung Verwaltung können die Bediensteten sich über entsprechende Lehrgangsangebote informieren.

Sehr sinnvoll sind die sogenannten Wiedereingliederungen für Vollzugsbeamtinnen und Vollzugsbeamte der Hessischen Polizeischule. Angeboten werden hier u. a. Eingriffsrechte, praktische Umsetzung



und pol. EDV-Systeme. Diese Fortbildungen können in einer laufenden Elternzeit absolviert werden. Die Bediensteten melden sich über das SG AuF an und werden zum Lehrgang abgeordnet.

Die geleisteten Stunden, in der Regel im Rahmen der 42-Stunden-Woche, können durch die Personalabteilung am Tage des Dienstantrittes nach der z. B. Elternzeit dem IZEMA-Konto als Aus- u. Fortbildungsstunden gutgeschrieben werden. Als Nachweis der absolvierten Fortbildung gilt die Lehrgangsbescheinigung.

Es sind weder freie Stellenanteile noch extra Haushaltsmittel nötig, um eine Fortbildung von Beurlaubten durchführen zu können!!!

Sollten Kosten für die Kinderbetreuung oder Betreuung pflegebedürftiger Angehöriger entstanden sein, kann die Erstattung beantragt werden. Der Antrag geht an das Sachgebiet AuF, von dort an das HMdI Referat I 6, zur zentralen Abrechnung. Entsprechende Vordru-

cke gibt es bei dem Sachgebiet, bzw. auf den IntraNet-Seiten der Frauenbeauftragten der hessischen Polizei.

Nach den Verwaltungsvorschriften des Sozialministeriums zum § 11 HGIG (StAnz 31/1994 S. 1982) wird bei einer Erstattung von bis zu sechs Stunden der exakte Umrechnungswert von 5,62 Euro/h berechnet. Bei tageweiser Betreuung, d.h. bei einer Beantragung von sechs oder mehr Stunden, wird der Tagesatz von maximal 33,75 Euro erstattet.

Es hat sich gezeigt, dass gerade die Lehrgänge Wiedereingliederung den beurlaubten Kolleginnen und Kollegen den Einstieg in das Polizeileben erleichtern, da die Kenntnisse für den Polizeiberuf wieder aufgefrischt und aktualisiert werden.

Also, ist doch alles gar nicht so kompliziert.

Ute Schaft-Paetow
Landesfrauenvorstand



Tagesseminar für Seniorinnen und Senioren

Beihilfe – Ernährung – Versicherung/Absicherung

Zur 2. Tagesveranstaltung nach unserem Busausflug im vergangenen Herbst lud die Bezirksgruppe Westhessen gemeinsam mit unserem Seniorenvorstand alle Seniorinnen und Senioren am 2. April an die HPS ein.

Gerne haben wir dieses Angebot auch wieder an interessierte Mitglieder der Bereitschaftspolizei, des PTLV und der HPS herangetragen.

Letztendlich wurde zahlreich davon Gebrauch gemacht und wir konnten 45 Teilnehmer früh morgens begrüßen.

Bewusst wurden die 3 Themenbereiche Beihilfe, Ernährung und Absicherung ausgewählt und entsprechend Fachleute als Referenten gewonnen. Die Erfahrungen der Mitglieder haben uns gezeigt, dass es hier immer wieder zu Problemen oder Missverständnissen im täglichen Alltag kommt.

Neben dem Seniorenvorsitzenden der BZG Westhessen, Wilfried Honecker, konnten wir Hermann Müller als Mitglied des Landes seniorenvorstands begrüßen.

Ein Grußwort ging auch an die Polizei-Sozialhilfe-Hessen e.V. (PSHH), die uns bei der Veranstaltung unterstützte. Hierfür an dieser Stelle nochmals vielen Dank.

Die Moderation übernahm Peter Wittig und Jürgen Aschenbrenner. Marika Hertling (HPS) unterstützte tatkräftig in Sachen Vorbereitung, Verpflegung und Organisation.

Zum Ablauf:

Erster Themenkomplex war die Beihilfe für Seniorinnen und Senioren. Ein Buch mit sieben Siegeln oder doch leicht verständlich?

Unter diesem Motto stellte sich als Referent Herr Gerhard Kaiser zur Verfügung. Er ist Dipl.-Rechtspfleger beim RP Kassel und verantwortlich für das Dezernat Beihilfen in Hünfeld.

Seine sehr interessanten, mit viel Humor hinterlegten Darstellungen



Herr Kaiser zum Thema Beihilfe

zeigten schnell die erhoffte Aufmerksamkeit und eine rege Beteiligung unter den Anwesenden.

Eingangs stellte er die grundsätzliche Abwicklung der Beihilfe mit den immens gestiegenen Anträgen dar, die in der Beihilfestelle täglich eingehen.

Bereits bei der ersten Begutachtung der Anträge kommt es zu vielen einfachen Fehlern bei den Antragstellern. Von formellen Dingen wie fehlerhafte Personaldaten oder mangelhaft ausgefüllte Beihilfebögen bis zu vermeidbaren Dingen wie Rechnungsverfall (älter als 1 Jahr) – dies alles führt zur Rückgabe bzw. Ablehnung der Beihilfeleistung.

Es ist kein Buch mit sieben Siegeln- dies war die klare Aussage von Herrn Kaiser, der in seinem ca. 1-stündigen Vortrag auf eigentlich selbstverständliche, aber wohl nicht allgemein bekannte Regeln hinwies.

Schwerpunkte hierbei waren Zahnbehandlung-/ersatz, Leistungen bei Reha-Maßnahmen und Anspruchsrechte der Lebenspartner.

Im zweiten Teil standen ausschließlich die Fragen der Teilnehmer im Vordergrund. Es entwickelte sich eine weitere Stunde mit sehr interessanten Antworten auf viele Nachfragen zu allen Themenbereichen der Beihilfe.

Herr Kaiser gab viele praktische Hinweise und vor allem Tipps, die eine Beihilfeleistung beschleunigen können. Auch die Prüfung der von den Ärzten ausgestellten Rechnungen wurde hinterfragt. Der Referent gab praktische Hinweise, wie man solche Dokumente auch mal hinterfragen kann, wenn die Gefahr besteht, dass eine Beihilfe hierfür gekürzt oder abgelehnt wird.

Bevollmächtigung des Lebenspartners zur Antragstellung im Falle einer Krankheit oder krankheitsbedingten Verhinderung- auch diese Möglichkeit war einigen Anwesenden nicht bewusst. Herr Kaiser stellte diese Möglichkeit dar und allen wurde ein Vordruck ausgehändigt, der von dem Antragsberechtigten und dem Lebenspartner unterschrieben an die Beihilfestelle geschickt werden muss.

Aus den vielen Fragen der Teilnehmer und der Auswertung der Kritikbögen stellte sich ein Schwerpunkt heraus, der bewusst an diesem Tag kein Thema war- die Pflegeversicherung.

Dies ist, auch nach Mitteilung von Herrn Kaiser, ein zu komplexes Gebiet, um es innerhalb dieser kurzen Zeit darzustellen. Er ist gerne bereit, für eine Aufklärung zu diesem Thema zur Verfügung zu stehen. Wir werden diesbezüglich mit dem Landes seniorenvorstand der GdP in Verbindung setzen, um ein solches Angebot zu prüfen.

Unser Mittagessen nahmen wir dann gemeinsam in der Küche der HPS ein, bevor wir dann gestärkt zum 2. Teil des Seminars kamen-

Ernährung im Alter.

Eingeladen hatten wir hierfür Frau Silvia Rex, Diplomökotrophologin und Diabetesberaterin, die in der GdP bereits Erfahrung mit Referaten sammeln konnte. Nach einer kurzen persönlichen Vorstellung untermalte Frau Rex ihren Vortrag anschaulich mit einer Präsentation. Schwerpunkte hierin waren das menschliche Alter, geistige Leistungsfähigkeit, Lebensqualität, Wohlbefinden und Gesundheit, zu der eine gesundheitsbewusste Lebensführung und Ernährung entscheidend beitragen.

Wie wichtig richtiges Essen und Trinken im Alter ist, zeigten ihre Darstellungen zu den täglichen Gewohnheiten der älteren Menschen.

Gute Verträglichkeit, Verdauungsvorgänge fördern, Aufnahme der notwendigen Nährstoffe und am Ende auch noch gut schmeckendes wäre der Optimalfall für eine altersgerechte Ernährung.

„Das schmeckt aber doch so gut“ - dies war die Reaktion einiger Teilnehmer auf die beispielhafte Nennung von Mahlzeiten, die eigentlich nicht den vorher genannten Punkten entspricht.

Die Beurteilung des eigenen Gewichtes nach dem Body-Maß-Index (BMI) für unterschiedliche Altersgruppen wurde erläutert, der Energie-/Kalorienbedarf, der mit dem Alter abnimmt wurde dargestellt, Aufnahme von Nährstoffen und Eiweißen bis hin zum leidigen Thema Fettaufnahme, für alle Bereiche gab es viele Beispiele, wie man es einigermaßen gesund hinbekommen kann.

Kohlenhydrate, Ballaststoffe und Vitamine- ein eigener Komplex, der von Frau Rex mit Nahrungsempfehlungen hinterlegt wurde.

Abschließend behandelt wurde dann die Aufnahme von Flüssigkeit und einem Trinkplan, der den ganzen Tagesbedarf abdeckt.



Aufmerksame Zuhörer

In einer Zusammenfassung konnte man am Ende feststellen, dass man vielseitig essen sollte, wobei viel Getreideprodukte und frisches Gemüse im Vordergrund stehen. Kartoffeln, Reis, Nudeln und fettarme Milchprodukte, kleine Portionen Fleisch und Wurst, weniger Süßes und Fett in Verbindung mit ausreichend Flüssigkeit- viele Dinge, die eine gesunde Ernährung im Alter unterstützen.

Im Nachgang zum Vortrag stellte uns Frau Rex ihre Präsentation zur Verfügung. Wir haben sie inzwischen allen Teilnehmern nach Hause geschickt. Wer ansonsten gerne noch diese Unterlagen haben möchte, wendet sich bitte an die Bezirksgruppe in Westhessen.

Der 3. Teil des Tages beschäftigte sich mit Versicherungen/Absicherung im Alter.

Die PVAG, unser Partner in Versicherungsangelegenheiten übernahm diesen Part in Anwesenheit von Herrn Zahn und Herrn Gödtel.

Gemeinsam erarbeiteten alle zunächst einmal eine Aufstellung, welche Versicherungen es denn alles gibt, um im Anschluss feststellen zu können, was bracht man eigentlich und was vor allem nicht.

Viele Fragen und Unklarheiten wurden in einer Diskussion bereinigt und am Ende konnten Interessierte auch ausreichend Informationsmaterial mitnehmen.

Die PVAG steht jederzeit für Fragen und Beratungen zur Verfügung. Kontakt kann auch über die Bezirksgruppe hergestellt werden.

Im Vorfeld der Veranstaltung gab es Absprachen der Bezirksgruppe mit Jörg Bruchmüller, der an diesem Tag in Wiesbaden GdP-Termine wahrnahm. Wenn es die Zeit erlau-

be, würde er gerne für ein kleines Grußwort zur Veranstaltung erscheinen.

Und die Zeit hat es ihm gestattet. Am Nachmittag erschien Jörg und bekam die Möglichkeit, zu den Teilnehmern zu sprechen.

Aufgeladen von einem Termin am Vormittag im Landtag entwickelte sich sein Grußwort aber zu einem äußerst kämpferischen und emotionalen gewerkschaftspolitischen Bericht. Jörg brachte den Saal in Wallung und nach ca. 30 Minuten konnten wir ihn wieder einbremsen, um im weiteren Ablauf noch einem pünktlichen Ende entgegen zu blicken.



Die Bezirksgruppe überreicht Frau Rex ein Präsent

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir bedanken uns bei euch für die zahlreiche Teilnahme und das gezeigte Engagement. Die Auswertung der Kritikbögen hat uns bestärkt, dass wir in Zukunft weitere Tagesseminare durchführen wollen. Ihr werdet also hören von eurer GdP- das gilt auch dann wieder für die Bereitschaftspolizei, dem PTLV und der HPS.

Viele Grüße an alle von der Bezirksgruppe Westhessen sendet euch

Peter Wittig



2. Verkehrs-Politisches Forum der Gewerkschaft der Polizei

Das 2. Verkehrs-politische Forum fand am 28. Und 29. April 2009 in Potsdam statt.

Unter dem Motto - „Verkehrslast, Umweltschutz und Mobilität! Widerspruch oder defizitäre Koordination? – trafen sich Verkehrsexperten aus Politik und Wissenschaft, Automobilclub, Naturschutz und selbstverständlich die Praktiker der Polizei.

In seiner Eröffnungsrede führte Konrad Freiberg in das Thema ein und ließ keinen Zweifel daran, dass wir als Gewerkschaft uns der begleitenden Verantwortung bewusst sind und diese gesamtgesellschaftliche Problemstellung aus der Sicht der „Fachleute“ begleiten werden.



„Der Verkehrskollaps ist beileibe kein Szenario mehr, er ist nur noch eine Frage der Zeit“

An Hand seiner eigenen Erfahrungen machte Conny deutlich, wie prekär die Situation auf Deutschlands Straßen ist, bzw. auf welche Probleme wir fast unausweichlich zusteuern. Als Chef einer vergleichsweise kleinen Berufsvertretung (Vergleich zu IG Metall und ver.di) führt er sein Fahrzeug selbst und bezeich-

net sich in dieser Situation als Fahrer und Fahrgast.

In dieser Konstellation fährt er jährlich rund 150.000 Kilometer.

Bei der Durchschnittsgeschwindigkeit, die ein ansässiger Polizist fährt, nämlich 120 Kilometer pro Stunde - wohlbemerkt im Fernverkehr - ergibt das eine Stundenleistung von 1250 Stunden.

Umgerechnet auf einen 12-stündigen Arbeitstag ist er demnach 104 Tage pro Jahr unterwegs.

Er hat bei seiner Berechnung absichtlich das Wort „wäre“ gebraucht, denn in Wirklichkeit ist er deutlich länger auf der Straße. Diese Tage hat er nicht gezählt – denn den Rest seiner Zeit steht er im Stau auf Deutschlands Straßen.



Aus Hessen beteiligten sich v. I. Thomas Tauber und Lothar Hölzgen an den verkehrspolitischen Diskussionen im AK IV.

Rund 120 Teilnehmer begleiteten diese Fachtagung. Sieben Kollegen aus Hessen befanden sich unter Ihnen und brachten Ihr Fachwissen in dieses Forum mit ein.



Ein politischer Vortrag von MdB Heidi Wright, Mitglied im Ausschuss für Verkehr Bau und Stadtentwicklung und Impulsreferate von Rainer Hillgärtner, Leiter der Presseabteilung des Auto Club Europa ACE, Dietmar Oeliger, Umweltreferent des NABU und unserem Kollege EPHK Hubert Schwaninger, Leiter der Polizeiautobahnstation Braunschweig eröffneten die praktische Arbeit zu einem neuen, der aktuellen Situation angepassten, Konzept der GdP.

Rainer Hillgärtner ist der Leiter der Presseabteilung des Auto Club Europa (ACE) und trat beim Verkehrsforum der GdP als „Anwalt für Mobilität“ auf.



Zu Beginn macht Rainer Hillgärtner sehr schnell deutlich, wo ein Teil des Widerspruchs zu unserem Leitthema

„Verkehrslast, Umweltschutz und Mobilität! Widerspruch oder defizitäre Koordination?“ liegt.

Wir ärgern uns über den Stau, als wären nur all die anderen, aber nicht wir selbst die Verursacher der Verkehrsblockade.

Wir regen uns auf über Feinstaub und Klimawandel und beanspruchen gleichzeitig Ausnahmen für die Zufahrt in die städtischen Umweltzonen.

Wir kommen mit unserem Auto längst nicht mehr so schnell von A nach B. Aber deshalb gleich Bus und Bahn besteigen?

Wir bauen Unfälle, doch investieren wir viel lieber in eine Sitzheizung statt in ein Bremsassistenzsystem.

Wir machen uns mit Jogging fit und lassen uns dafür – Navi sei Dank – auf weit entfernte Waldparkplätze lotsen.

Die Mobilität, vor allem die individuelle, ist in unserer modernen Industrie- und Informationsgesellschaft vor allem ein Motor für Wachstum und Wohlstand. Wer die Forderung nach einem Ausstieg aus der automobilen Gesellschaft verlangt, der ist in höchstem Maße unrealistisch, um nicht zu sagen, ignorant.

Wer unsere mobile Gesellschaft wirklich zukunftstauglich machen will, der sollte sich von alten Gewohnheiten zu lösen

versuchen, der sollte zu allererst Blockaden im eigenen Kopf beiseite räumen.

Dort brauchen wir freie Fahrt für neue Ideen.

Was wir wollen

Wie viel Pkw braucht der Mensch? Wie kann das Auto genutzt und der Verkehrskollaps dennoch verhindert und wie der Klimawandel abgebremst werden? Wie lässt sich Mobilität für alle sicherstellen? Welches Verkehrsmittel hat wann Vorfahrt? Muss Mobilität grenzenlos sein oder kann sie reguliert werden?

Unser Credo

Schneller Reisen ist nicht alles. Sicher ankommen ist wichtiger. Mobilität mit Vernunft. Nicht freie Fahrt für Wenige, sondern sichere Mobilität für alle. Kooperationen und Partnerschaft statt Risiko und Rivalität. Verantwortung statt Gleichgültigkeit.

Abschied vom Rennwagen als Leitbild der Automobilentwicklung.

Die Beweglichkeit der Arbeitnehmer

Immer mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer legen immer größere Strecken zwischen Wohnungen und Arbeitsstelle zurück. Rund drei Viertel von ihnen benutzen ihren Pkw, um zur Arbeit zu gelangen. Gerade für sie muss Mobilität sicher und bezahlbar bleiben. Jobtickets als Anreiz dafür, öffentliche Verkehrsmittel zu benutzen, die Förderung von Fahrgemeinschaften und von Betrieben organisierte Mobilitätsberatung können helfen, den Verkehr auf dem Weg zur Arbeit sinnvoll zu regulieren. Hier tut sich ein hoch interessantes Betätigungsfeld auch für Betriebsräte und gewerkschaftliche Vertrauensleute auf.

Die Macht der Verbraucher

So gesehen gibt es aus Sicht vieler Autofahrer ein berechtigtes und wachsendes Interesse an solchen Pkw, die in Punkto Klimafreundlichkeit allen anderen vorausfahren. Wirklich starke Autos sind solche, die beim

Schadstoffausstoß schwach sind. Industriepolitisch heißt das: Standort- und Beschäftigungssicherung im globalen Wettbewerb der Automobilbranche gelingt künftig am erfolgreichsten dort, wo die ökologische Modernisierung der Kraftfahrzeuge am energischsten vorangetrieben wird -

klimaverträgliche Zukunft.

Und wenn der Verkehr dann in Rente geht?

Wie zuvor bei der Rente, verdrängen wir auch im Bereich Auto und Verkehr gerne die Folgen einer alternden Gesellschaft. Das fängt bei der mitunter ziemlich begrenzten Bedienerfreundlichkeit der Armaturentafel in modernen Autos an, geht über die gerne verdrängte Frage nach der Fahrtauglichkeit hoch betagter Senioren und hört bei der gelegentlich zweifelhaften Infrastrukturplanung noch nicht auf.

Wie rasant sich der demografische Wandel vollzieht, erleben wir auf unseren Straßen tagtäglich. Die schnurgerade Fahrt in die Seniorengesellschaft erfolgt zudem mit hohem Tempo. Grund genug, sich endlich darüber Gewissheit zu verschaffen und noch rechtzeitig für eine zukunftstaugliche humane Verkehrswelt zu sorgen.

Dietmar Oeliger, Umweltreferent der NABU vertrat eine Sichtweise – hier der Schutz von Tieren - die, ob sie wollen oder nicht „Teil des Individualverkehrs“ sind.



In seinen Ausführungen fokussierte sich Dietmar Oeliger auf den Lebensraum, den sich im Individualverkehr Mensch und Tier teilen müssen.

Unter Darstellung der bereits „zerschnittenen“ und der noch „unzerschnittenen“ Räume wird deutlich, welch gewaltiges, dichtes Verkehrsnetz Deutschland durchzieht. An Hand der Grafiken wurde den Fachleuten sehr schnell deutlich, dass es für die heimische Tierwelt in weiten Teilen unmöglich ist gefahrlos sich in ihren Wanderkorridoren zu bewegen. Demzufolge natürlich auch nicht gefahrlos für uns als Verkehrsteilnehmer, nachfolgende Zahlen verdeutlichen dies:

In den Jahren 2005/2006 wurden 224.948 Stück Fallwild (Reh/Schwarz/Rotwild) bei Verkehrsunfällen getötet.

Ziel muss es laut Oeliger sein:

- Landschaften durch weitere Verkehrswege zu zerschneiden.
- Die Vernetzung bestehender Lebensräume und Schutzgebiete in einen sogenannten Biotopverbund.
- Wanderhindernisse müssen überwindbar gemacht werden.
- Bei unabweisbaren Straßen- und Trassen – Neubauten muss die Einrichtung von „Querungshilfen“ selbstverständlich sein.

Die intensive Aufarbeitung des NABU im Bezug auf die bestehenden Problemzonen hat zu der Erkenntnis geführt, dass es alleine in Deutschland 910 Konfliktpunkte mit national bedeutsamen Korridoren gibt.

Davon bezeichnet Oeliger 125 Konfliktpunkte als „vordringlichen Bedarf“.

In der Folge dieser Studie stellt die NABU nachfolgende Kernforderungen auf:

1. Einrichtung von 125 Querungsbauwerken bis zum Jahr 2020.



2. Absicherung der dauerhaften Finanzierung.
3. Sicherung der Wanderkorridore durch die Raumordnung.

Natürlich hat sich der NABU auch mit der Frage von Tempolimit und Naturschutz im Allgemeinen auseinandergesetzt und stellt fest, dass wir weltweit das einzige Land ohne Tempolimit sind.

Bei einer Reduzierung auf 130 km/h rechnet der NABU eine 9%ige Spritersparnis der Pkw auf Autobahnen aus, dies entspricht einer Reduzierung 3 Millionen Tonnen CO₂. Reduzierung der Luftschadstoffe und Lärm, Erhöhung der Verkehrssicherheit und Verbesserung von Verkehrsfluss auf den Autobahnen.

Im Ergebnis sieht der NABU keinen einzigen Grund, der gegen die Einführung eines Tempolimits spricht.

Auch zur Entwicklungsmöglichkeit im Güterverkehr nimmt Dietmar Oeliger Stellung und vergleicht die Strukturen des Schienenverkehrs mit der Schweiz und den USA. Während in Deutschland nur rund 18% der Güter über die Schienenwege transportiert werden, kommen die Schweiz und USA auf ca. 40%.

Mit einer Aussage zur Erhöhung und Erweiterung der Maut für „alle“ Lkw ab 12t müsste eine Anpassung auf Schweizer Niveau erfolgen.

Für die „Gigaleiner“, die bis zu 60t schwer und 25 Meter lang sind hat der NABU ebenfalls kein Verständnis und fordert ein europaweites Zulassungsverbot.

Das dritte Impulsreferat hielt unser Kollege Hubert Schwanninger, Leiter der Autobahnpolizei Braunschweig. Als Einstieg stellte er die provokante Frage „Brauchen wir einen Anwalt für Verkehrssicherheit?“



4467 Tote im Straßenverkehr im vergangenen Jahr ist zwar ein historischer Tiefststand – dies bedeutet jedoch auch, täglich 12 Tote und über 1100 Verletzte. Sind diese Zahlen Synonym für eine schlechte Verkehrsmoral in Deutschland?

Losgelöst von dieser Frage und einer möglichen Antwort ist Hubert Schwaninger der festen Überzeugung:

„Ja, zur Linderung von Leid, zur Reduzierung volkswirtschaftlicher Schäden und zum Erhalt hoher Mobilität brauchen wir Anwälte für Verkehrssicherheit“

Bei seiner Betrachtung eines zentral gelegenen Autobahnabschnitts der A2 ist sich Kollege Schwaninger sicher, dass die hier dargestellten Erfahrungen und Erkenntnisse in weiten Teilen die Feststellungen vieler Kolleginnen und Kollegen widerspiegeln und somit eine durchaus repräsentative Grundlage für sein Plädoyer bilden.

Nachdem sich in den Jahren 2000 – 2002 in dem besagten Abschnitt die Unfallzahlen dramatisch erhöhten und dies trotz einem dreistreifigen Ausbau und einer optimalen baulichen Neugestaltung eintrat, forderte man sofort ein Tempolimit auf 120 km/h. Dies wurde umgesetzt und in der Folge trat eine deutliche Reduzierung der Unfallzahlen statt und insbesondere die Zahl der Personenschäden ging gravierend zurück.

Ab 2005 nahmen die Verkehrsunfälle aber wieder deutlich zu, als Grund hierfür wurde ein gestiegenes Verkehrsaufkommen analysiert - im Gesamtvolumen um 16,1%, der Schwerlastverkehr nahm im gleichen Zeitraum anteilig um ca. 30% zu.

In einer Analyse des Unfallgeschehens wurde die Beteiligung des Schwerlastverkehrs besonders herausgearbeitet, hier sticht die die 70% erschreckend heraus. Genau dieser Prozentsatz wird festgestellt bei der Frage der Unfallverursacher bei

Unfällen mit Personenschaden unter Beteiligung von Lastkraftwagen.

Ein weiterer Punkt in der Darstellung des Koll. Schwaninger waren die digitalen Abstandskontrollen. 100 – 120 Verstöße pro Stunde werden hier festgestellt und erfasst werden nur Unterschreitungen des Mindestabstandes von weniger als der Hälfte des vorgeschriebenen Mindestabstandes!

$\frac{1}{3}$ der begangenen Verstöße werden von Ausländern begangen, diese werden, von Ausnahmesituationen abgesehen, nicht verfolgt.

In seiner Zusammenfassung hält Hubert Schwaninger ein Plädoyer zum Erhalt/Erhöhung der Verkehrssicherheit durch:

- Präventionsarbeit – auch international (Transitland)
- Verbesserung und Vernetzung der Verkehrsmanagementsysteme (VMS)
- Stationäre Verkehrsüberwachung im Bereich der VMS
- Abstandswarn- und ggf. –eingreifsysteme mindestens für LKW
- Verbesserte Verfolgung der von Ausländern begangenen Verkehrsverstöße (Datenaustausch)
- Halterverantwortlichkeit auch in Deutschland

Arbeitskreis IV, unter der Leitung von Lothar Hölzgen, erarbeitet die Grundlagen für das neue, verkehrspolitische Programm der GdP.



Wesentliche Inhalte werden aus den Ergebnissen der Arbeitsgruppe I – III in die neuen Schriftenreihen eingearbeitet werden.

Es wurde die grundsätzliche Frage erörtert, ob in einer Broschüre die „Innenwirkung“ und der „gewerkschafts- und gesellschaftspolitische Aspekt“ verarbeitet werden kann.

Selbstkritisch dürfen, ja müssen wir uns sogar fragen, ob wir den Einstieg in eine verkehrspolitische Aussage in dieser Form stehen lassen können.....

„.....die GdP für die Gewährleistung umfassender individueller Mobilität eintritt. Sie ist Ausdruck der persönlichen Freiheit jedes einzelnen im Sinne der Verfassungsgarantien aller modernen Demokratien.“

Wir müssen einen sensibleren Einstieg finden, inhaltlich wird dann selbstverständlich klar, wofür wir als GdP stehen!

Als GdP wollen wir die Herausforderung für eine gesamtgesellschaftliche Gestaltung - unter Berücksichtigung unserer tiefen, praktischen Erfahrung - erneut annehmen! Möglichkeiten und Alternativen aufzeigen und den Mut haben, Visionen darzustellen, von denen wir schon heute wissen, dass sie real vor der Tür stehen. Wenn wir diesen Mut haben, können wir mit unseren Gedanken „vor die Lage“ kommen und laufen einer Entwicklung nicht hinterher!

Inhaltlich setzen wir uns u. a. mit nachfolgenden Themen auseinander:

- ↳ Verstärkt nehmen wir Kinder in den Fokus
- ↳ Jugendliche in Verbindung mit der Frage FS mit 17 (begleitendes Fahren)
- ↳ Die schwächsten Glieder im Verkehr Fußgänger / Radfahrer / Kradfahrer werden

wir einer besonderen Betrachtung unterziehen.

- ↳ Senioren
- ↳ Schwerlastverkehr u. a. neben Sozialvorschriften sehr sensibel die Parkflächenproblematik - Stichwort Telematiksysteme (Nutzung vorhandener Räume)
- ↳ GdP Positioniert sich zur Halterhaftung – auch im Bezug auf den fließenden Verkehr – wir haben die Problematik in Sachen Bußgeld- und Strafverfolgung gehört

Zum Thema Klimaproblematik

- ↳ Kernaussage könnte sein: „Umweltschutz und trotzdem individuell mobil“
- ↳ Elektromobilität – „Nachfossile Mobilität“
- ↳ Mittel zur Finanzierung von Forschungsprojekte müssen bereit gestellt werden
- ↳ Tempolimit ist und bleibt ein spannendes Thema

Schwerlastverkehr

- ↳ „Gigaliner“ was können unsere Straßen, Wege und Plätze verkraften?
- ↳ Auch hier die Tempofrage und die Überwachung von Sozialvorschriften
- ↳ Repressives Vorgehen hat Prävention zur Folge!

Wildunfallproblematik

- ↳ Nicht mehr nur ein Thema für unsere Dienststellen im ländlichen Raum

Am Beispiel unserer Kolleginnen und Kollegen der Polizeiautobahnstationen wird deutlich, dass wir in „besonderen Bereichen“ zwingend Spezialisten brauchen, die den Anforderungen der speziellen Zuständigkeitsbereiche gerecht werden können.

Vor dem Hintergrund eines sich ausweitenden Erfordernisses von „Verwendungsbreite“, die für die persönliche Weiterentwicklung scheinbar unverzichtbar geworden ist, laufen wir Gefahr erforderliches Spezialwissen zu verlieren.

Der parallel stattgefundenene Personalabbau in den letzten Jahren hat wesentlich dazu beigetragen, dass wir aktuell mit unseren Möglichkeiten zur Prävention nicht zufrieden sein können.

Das 2. Verkehrspolitische Forum hat im Ergebnis eine Vielzahl von Handlungsfeldern beleuchtet. Politik, Wissenschaft, Vertreter der Automobilclubs und nicht zuletzt wir als Polizei und Gewerkschaft sind aufgefordert, uns der bevorstehenden Aufgabe verantwortungsbewusst zu stellen.

Eine kleine Arbeitsgruppe wird in den kommenden Wochen und Monaten die Ergebnisse unseres 2. Verkehrspolitischen Forums aufarbeiten und in die Neugestaltung der GdP - Schriftenreihe einfließen lassen.

Lothar Hölzgen

Aus dem Gerichtssaal

UNFALLFLÜCHTIGER MIT DNA ÜBERFÜHRT

Ob der Motorroller-Fahrer besonders eitel war und deshalb seine Haarbürste als Pflege-Utensil mitführte, wurde in der Verhandlung nicht erörtert. Doch der zuvor mitgeführten Bürste sollte besondere Bedeutung zukommen, wie sich in den polizeilichen Ermittlungen und nun vor dem Amtsgericht Bad Homburg zeigte. Hier musste sich ein 43 Jahre alter Rollerfahrer aus der Kurstadt wegen Verkehrsunfallflucht

verantworten, die er am 5. Juni vergangenen Jahres in der Innenstadt begangen hatte. An jenem Junitag war er gegen 19.25 Uhr mit seinem Zweirad auf einen anhaltenden Pkw aufgefahren. Der dabei angerichtete Schaden war mit 4357 Euro recht beträchtlich, zumal der Rollerfahrer bei dem Aufprall mit seinem Körper auf die Kofferraumhaube aufgeschlagen war und zusätzlich eine große Delle hinterlassen hatte. Der

Rollerfahrer, dem unstrittig die Unfallschuld zufiel, versuchte danach, den Unfall auf „kleinem Weg“ zu erledigen. Zunächst bot er dem Autobesitzer eine Entschädigungszahlung von 500 Euro an. Doch der lehnte aus verständlichen Gründen ab und verlangte statt dessen eine polizeiliche Unfallaufnahme. Hierfür zeigte der 43-Jähriger wenig Verständnis. Zunächst bog er sein Kennzeichen nach oben, um es für

den Geschädigten unleserlich zu machen. Der Pkw-Fahrer bog das Nummernschild wieder nach unten. Er konnte aber nicht verhindern, dass der Rollerfahrer mit seinem beschädigten Fahrzeug das Weite suchte. Da aber der Autobesitzer das Kennzeichen fast vollständig abgelesen und notiert hatte, konnte die Polizei gezielte Ermittlungen einleiten. Dabei machte sie zwei Rollerfahrzeuge ausfindig, die auf Grund der Kennzeichen-Notierung in Frage kamen. Ein Roller konnte schnell ausgeschieden werden, da er völlig intakt war und keine Unfallspuren aufwies.

Anders war es bei dem zweiten Roller, der auf den jetzt Angeklagten zugelassen war. Dieses Fahrzeug konnte nicht überprüft werden, da es nicht aufzufinden war. Der

43-jähriger Besitzer bestritt eine Beteiligung am Unfall, obwohl die Personenbeschreibung eindeutig gegen seine Einlassung sprach. Dennoch wäre ihm der Unfall und die folgende Weiterfahrt vielleicht nicht ausreichend zu beweisen gewesen, hätte es nicht ein entscheidendes Ereignis am Unfallort gegeben. Dem Rollerfahrer war nämlich bei dem wuchtigen Aufprall seine Haarbüste aus der Jacke gefallen. Sie wurde von den Beamten zwecks DNA-Überprüfung sichergestellt. Als man daran Haarreste fand, wurde von dem Tatverdächtigen eine Speichelprobe entnommen und siehe da, es waren seine Haare, die sich in der Bürste nachweisen ließen. Dem Mann wurde daraufhin der Führerschein entzogen. Trotzdem war der 43-Jährige, der einen selbständigen Hausmeisterservice

unterhält, zu keinem Geständnis bereit. Das änderte sich erst in der Monate später folgenden Verhandlung. Hier gab dessen Anwalt die Unfallbeteiligung und -flucht zu. Er wisse auch nicht, was damals in ihn gefahren sei, sagte der Angeklagte als Erklärung. Ein wenig verwunderte es, dass es bei Gericht eine recht kommode Strafe gab, denn im Urteil wurde, wie vom Anklagevertreter gefordert, eine Geldstrafe von 800 Euro ausgesprochen, die sich aus 40 Tagessätzen zu je 20 Euro errechnet. Außerdem wurde der vor drei Monaten beschlagnahmte Führerschein noch weitere sechs Monaten eingezogen. Dazu kommen noch die sicherlich beträchtlichen Gerichtskosten, die der Verurteilte ebenfalls zu tragen hat.

Heinz Habermehl

Aus dem Gerichtssaal

EIN GUTER TAG FÜR DEN ANGEKLAGTEN

„Das war ein guter Tag“, sagte der 26 Jahre alte Angeklagte und bedankte sich bei Richter Jürgen Feuerherdt vom Amtsgericht Bad Homburg. Der hatte ihn kurz zuvor zu einer Geldstrafe von 840 Euro verurteilt, die sich aus 90 Tagessätzen zu je 8 Euro errechnet. Die Freude des Angeklagten, der vor drei Jahren sein Physikstudium abbrach und jetzt von Hartz vier lebt, hatte einen besonderen Grund. Denn eine Strafe bis zur Höhe von 90 Tagessätzen wird nicht im Strafregister aufgeführt, das heißt, der 26-Jährige ist zwar vorbestraft aber das Urteil wird nicht im polizeilichen Führungszeugnis erwähnt.

Dem „guten Tag“ ging am 23. August vergangenen Jahres in Oberursel eine schlechte Nacht voraus. In der Augustnacht hatte der Vater einer zwei-einhalbjährigen Tochter mit seiner damaligen Lebensgefährtin bei Freunden in Oberursel gefeiert. Dabei hatte sich der jetzt Angeklagte wohl zu sehr an den alkoholischen Getränken „gelabt“, wie die spätere Blutentnahme mit über 2 Promillen zeigte. Doch Alkohol und Vernunft stehen oft nicht im Einklang zu einander, wie sich ge-

gen 2.30 Uhr zeigen sollte. Denn der 26-Jährige wollte trotz erheblicher Trunkenheit partout mit dem Auto nach Hause fahren. Als die Party-Freunde dies verhindern wollten, kam es auf der Straße zur Auseinandersetzung mit ihnen. Ein Anwohner hatte daraufhin die Polizei verständigt, die kurze Zeit später eintraf. Als dann der junge Mann vor der Polizei weglief, wurde er schnell von den Beamten eingeholt, die ihm den Fahrzeugschlüssel entziehen wollten.

Es kam zum Gerangel mit den Beamten, worauf der 26-Jährige bis zum Eintreffen von polizeilicher Verstärkung am Boden fixiert wurde. Danach erfolgte der Abtransport zur Polizeistation. Sowohl auf der Straße als auch im Polizeifahrzeug leistete der jetzt Angeklagte heftigen Widerstand. Dabei habe er einen Kopfstoß gegen einen Beamten gerichtet und ein Mal einen Fußtritt versucht. Verletzt wurde hierbei niemand. Während dieser Aktion, so die Beamten nun im Gericht, seien sie in der Fäkaliensprache wiederholt obszön beleidigt worden. Das brachte dem 26-Jährigen eine Anklage wegen Beleidigung und

Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte ein.

Die Beleidigungen räumte der junge Mann in der Verhandlung ein. Unter Alkoholeinfluss sei das möglich, sagte er hierzu. Eine Widerstandshandlung entspreche eigentlich nicht seiner Mentalität, fügte er hinzu. Doch die drei polizeilichen Zeugenaussagen widersprachen der Einlassung des Angeklagten. Für die obszönen Äußerungen und Beschimpfungen gegenüber der Beamtin, die er mehrfache als „Fo...“ bezeichnet hatte, entschuldigte er sich im Gericht. Belastend für den Angeklagten war, dass er schon einige Vorstrafen aufwies, die er meist unter Alkoholeinfluss begangen hatte. Im jetzigen Urteil folgte Richter Feuerherdt dem Antrage der Staatsanwältin, die seine Taten „unter verminderter Schuldfähigkeit“ einstufte. Sie hatte ihn zuvor darüber belehrt, dass es bei einer neuerlichen Tat nur noch eine Haftstrafe geben werde, die dann im Gegensatz zum jetzigen Urteil im polizeilichen Führungszeugnis enthalten sei.

Heinz Habermehl

Aus dem Gerichtssaal

STREIT UM 34 EURO ENDETE FAST TÖDLICH

Es war ein Anblick, den im Gerichtssaal niemand unberührt ließ, als der 2. Verhandlungstag vor der 21. Strafkammer des Landgerichts Frankfurt erfolgte. Dem 20 Jahre jungen Mann fielen die wenigen Schritte zum Zeugenstuhl sichtlich schwer. Dann hatte er erkennbare Mühe, seine Aussagen fließend vorzutragen. Zu dem eigentlichen Geschehen, bei dem er eine schwere Kopfverletzung und Lungenquetschungen erlitten hatte, konnte er nichts sagen. Zu diesem Vorfall habe er keine Erinnerung, berichtete er, wobei zu erkennen war, wie schwer es ihm fiel, sich zu artikulieren. Er war der Hauptgeschädigte der schweren Auseinandersetzung, die sich am 5. August vergangenen Jahres in Köppern (Hochtaunuskreis) zwischen mehreren jungen Männern zugetragen hatte. Nach der brutalen Begegnung musste der junge Mann vier Wochen ins Krankenhaus und danach sich noch fünf Wochen in stationäre Rehabilitation begeben. Der 20-Jährige wird noch lange Zeit in ärztlicher Behandlung bleiben müssen. Seit dem abendlichen Vorfall in Köppern ist er arbeitsunfähig und die rechte Körperhälfte noch erheblich bewegungseingeschränkt. Sein Arbeitgeber, der im Gericht anwesend war und den jungen Mann in höchsten Tönen als Elektro-Lehrling lobte, wird ihn wohl nicht weiter beschäftigen können. Im Verlaufe der polizeilichen Ermittlungen wurden am 23. September drei Tatverdächtige festgenommen – den weiteren Beteiligten konnten keine Gewalttätigkeiten nachgewiesen werden - und danach wegen versuchten Totschlages in Verbindung mit schwerer und gefährlicher Körperverletzung angeklagt.

DIE STREITURSACHE WAR BANAL

Der eigentliche Streitanlass war banal. Es ging um eine Restzahlung von 34 Euro, die noch für eine Tierarztrechnung offen stand und über deren Zahlung man sich am Telefon gestritten hatte. Hinzu kamen noch

einige Animositäten, die es wegen einer jungen Dame gab, die inzwischen in das Lager der Gegenseite gewechselt war. Beide Seiten hatten sich in mehren Telefonaten hochgeschaukelt. Ein Gespräch in Köppern sollte den Streit an jenem Augustabend beenden. Doch es wurde eine schlimme Auseinandersetzung, die fast tödlich endete. Die beiden jungen Männer aus Schwalbach und Friedrichsdorf sowie deren Freundinnen waren an dem fraglichen Augustabend in einem alten Golf nach Köppern gefahren, um sich mit ihren Kontrahenten aus Friedrichsdorf und Köppern zu einer „Aussprache“ zu treffen. Dass es hierbei handfest zugehen könnte, hatten wohl beide Seiten einkalkuliert. Wie sich im Nachhinein herausstellte, führte das spätere Hauptopfer ein 30 cm langes Messer mit. Sein Freund, mit dessen Golf die Fahrt angetreten wurde, hatte ein langes Stahlrohr dabei. Doch auch die Gegenseite hatte sich personell und materiell für den Empfang bestens gerüstet. Sie waren in der Übermacht und griffen die beiden anderen Männer nach ihrer Ankunft sofort an. Der vollständige Tatablauf konnte vor Gericht nicht eindeutig aufgeklärt werden, da das Geschehen – je nach Gruppenzugehörigkeit – konträr geschildert wurde. Klar war, dass die „Köpperner“ die beiden anderen heftig attackierten und – soweit möglich – in die Flucht schlugen. Der Haupttäter, ein 21-Jähriger, hatte dabei seine Brutalität und Aggressivität nicht mehr im Griff. Die beiden angereisten Gegner waren besiegt und zum Teil nicht mehr wehrfähig, als der 21-Jährige total überreagierte. Zunächst schlug er mit einem schweren Knüppel alle Scheiben des Golfs ein, in dem die beiden jungen Frauen saßen und laut schreiend um ihr Leben fürchteten, eine von ihnen war schwanger. Doch richtig brutal wurde der 21-Jährige gegenüber dem am Boden liegenden 20 Jahre alten Gegner. Diesem schlug er mit dem schweren Stock wuchtig auf den Kopf. Ob es ein oder mehrere Hiebe

waren, blieb in der Verhandlung offen. Das bewusstlos Opfer wurde lebensbedrohend verletzt und nur durch die schnelle ärztliche Hilfe gerettet. Der 21-Jährige und seine beiden Tathelfer flüchteten danach in den naheliegenden Wald. Erst drei Tage später stellten sie sich der nach ihnen fahndenden Polizei. Am 23. September erging gegen alle drei Haftbefehl. Während der Haupttäter bis zur Verhandlung und nun auch darüber hinaus in Haft blieb, wurden die beiden Mittäter einige Wochen nach der Festnahme auf freien Fuß gesetzt.

VIER JAHRE UND SECHS MONATE GEFÄNGNIS

In dem jetzigen Urteil folgte die große Strafkammer dem Antrag der Staatsanwaltschaft und verhängte gegen den 21-Jährigen eine Haftstrafe von vier Jahren und sechs Monaten wegen versuchter Tötung in Verbindung mit schwerer und gefährlicher Körperverletzung. Gegen die beiden Mitangeklagten erging Freispruch, wenngleich Richter Klaus Dieter Drescher ihnen zumindest eine moralische Schuld zuwies. Die Freisprüche wurden damit begründet, dass für die beiden Angeklagten Notwehr oder Nothilfe nicht auszuschließen seien.

In seiner Urteilsbegründung erwähnte Richter Drescher auch die Mitschuld des Haupt-Opfers. Denn wäre der 20-Jährige damals nicht nach Köppern gefahren, hätte es die folgenschwere Auseinandersetzung nicht geben können, so Drescher. Alle drei Angeklagte, zwei Deutsche, ein Deutsch-Italiener sind wegen Gewaltdelikte bereits in Erscheinung getreten. Besondere Brutalität ist dem jetzt Verurteilten nicht fremd, er war zuvor schon wegen gefährlicher Körperverletzung zu Haftstrafen verurteilt worden.

Die nun freigesprochenen Angeklagten (25 und 32 Jahre) erhalten für die mehrwöchige Inhaftierung eine Haftentschädigung, deren Tagessatz bei etwa 12 Euro liegt.

Heinz Habermehl

Heinz Pult wurde 85 Jahre alt - Glückwünsche seiner GdP

Ein alter Haudegen der GdP feierte seinen 85. Geburtstag. Am 9. März vollendete Heinz diesen besonderen Tag und lud viele seiner Freunde zu einer geselligen Runde nach Wiesbaden-Schierstein in das Lokal Grüner Baum.

Viele Freunde aus allen Bereichen seiner gewerkschaftlichen und politischen Tätigkeiten waren seiner herzlichen Einladung gefolgt.

Auch die Bezirksgruppe Westhessen ließ sich diese Möglichkeit nicht entgehen und so besuchten Peter Wittig für die Bezirksgruppe und Mike Messer für die Kreisgruppe Wiesbaden das Geburtstagskind.

Heinz hatte ein beachtliches Buffet vorbereitet und stand natürlich im Mittelpunkt dieses schönen Tages.

An der Besetzung der Tische konnte man erkennen, in welchem Maße sich Heinz Pult dem Ehrenamt über Jahrzehnte hingezogen fühlte.

Dort saßen der Landesbezirk mit fast der gesamten Geschäftsstelle, wie erwähnt die Bezirksgruppe und Kreisgruppe und ebenso der Vorstand der Polizei-Sozialhilfe-Hessen e.V. (PSHH), in der Heinz auch heute noch aktiv mitwirkt.

Den gewerkschaftlichen Bereich hat er auch bei uns noch nicht verlassen. Er engagiert sich in unserer Bezirksgruppe weiterhin im Seniorenvorstand und trägt dort zu Recht den Titel des Ehrenpräsidenten.

Viele Familienmitglieder waren hier, um gemeinsam seinen Geburtstag zu feiern.

Grußworte gab es dann auch von gewerkschaftlicher Seite durch Mike Messer und von der Politik gab es ein großes Dankeschön seines langjährigen Freundes Horst Klee.

Lieber Heinz, wir wünschen dir weiterhin alles Gute, bleib gesund und munter. Wir würden uns natürlich freuen, wenn du uns in der Seniorenarbeit der Bezirksgruppe weiterhin so aktiv unterstützt.

Auf eines sei an dieser Stelle aber schon hingewiesen- die nächste Feier kommt bestimmt, auch für Heinz.

Im August dieses Jahres können wir ihm zu 60 Jahren GdP-Mitgliedschaft gratulieren.

Bis dann

Peter Wittig



Mike Messer gratuliert für die Kreisgruppe Wiesbaden



Glückwünsche des BZG-Vorsitzenden Peter Wittig

Frühling an der Saar

Ausflug der GdP-Senioren zum Weltkulturerbe „Stahlwerk Völklinger-Hütte“

Ende April starteten die GdP-Senioren aus ganz Hessen zu einem gemeinsamen Vier-Tage- Ausflug an die Saar. Die Busfahrt begann in Schlitz und zugestiegen werden konnte in Hünfeld, Fulda, Hanau, Frankfurt, Wiesbaden und auf der BAB-Raststätte Lorsch-West, wo eine erste Pause eingelegt wurde. Hermann Müller hatte alles bestens organisiert. Die Tour führte über Kaiserslautern nach Bosen am schönen Bostalsee. Artur Jung, Bundesseniorenvorsitzender der GdP und Seniorenvorsitzender im Saarland, begrüßte die hessischen Gäste im „Hotel Merker“, einem beliebten Treffpunkt der Saar-GdP.

Jung führte die Gruppe auch zum Bostalsee und informierte sie über diese Region. Mit einem gemeinsamen Abendessen endete der erste Tag.

Ein Stahlwerk als Weltkulturerbe

Am zweiten Tag stand zunächst eine Erkundung der Stadt Völklingen auf dem Programm. Artur Jung und sein Kollege Jürgen Friedling führte die Hessen nicht nur durch die Stadt, sondern auch zum ersten Höhepunkt der Reise, dem Weltkulturerbe „Völklinger Hütte“. Über zwei Stunden dauerte die sachkundige Führung durch das riesige Stahlwerk, wo einst viele Tausend Menschen rund um die Uhr Stahl produziert hatten. Der Anblick der gewaltigen Anlage war imponierend und bei den Erzählungen des Führers konnte man sich lebhaft vorstellen, wie das alles einmal funktioniert haben musste. Mit einem gemeinsamen Abendessen im Hotel und einem gemütlichen Beisammensein in guter Stimmung klang auch dieser Tag aus.

Naturschauspiel Saarschleife

Ein berausches Naturschauspiel erlebten die hessischen Senior/innen am dritten Tag beim Ausflug zur „Cloef“. Die „Cloef“ ist ein felsiger Aussichtspunkt im Scheitel der Saarschleife beim Mettlacher Ortsteil Orscholz. Dort zieht sich



Beindruckend war der Besuch der hessischen GdP-Senioren im Stahlwerk „Völklinger Hütte“, einem alten Industriekomplex, der von der UNESCO in den Rang eines Weltkulturerbes erhoben worden ist. gdpgl

eine vorspringende Felsformation bis hinab zur Saar. Sie stellte in früherer Zeit ein Schifffahrtshindernis dar. Nach einem schönen Spaziergang erreichte die Gruppe den Aussichtspunkt mit dem traumhaften Ausblick auf die weltbekannte Saarschleife, ein viel fotografiertes Postkartenmotiv. Es war der zweite Höhepunkt der Reise. In Mettlach selbst wurde die Ausstellung des Keramikkonzerns Villeroy und Boch besichtigt.

Das alles machte Appetit und so fand die Speisekarte mit „saarländischen Spezialitäten“ in der „Alten Brauerei“ in Mettlach großen Anklang.

Eine feuchtfrohliche Weinprobe

Der Weg führte dann durch das untere Saartal, vorbei an der „Saarburg“, nach Oberemmel. Im Weingut Kirchen-Kirchen wurden alle Senioren zu einer zünftigen Weinprobe erwartet. Nach den ersten köstlichen Tropfen wirkten die Zungen gelockert und alle waren sich einig, dass dies der eigentliche Höhepunkt der Reise sei. So war es auch nicht verwunderlich, dass die Rückreise zum Hotel mit einer Verspätung und einigen guten Flaschen Saarwein im Gepäck angetreten wurde. Die gute Stimmung hielt auch im Hotel an und so geklang.



Ein Naturschauspiel der besonderen Art war für die GdP-Senioren der Besuch auf der „Cloef“, dem Aussichtspunkt, von dem aus man einen wunderbaren Ausblick auf die Saarschleife hat. gdpgl

lang ein schöner runder Abschiedsabend.

Die saarländische Heimat vertreten

Zufrieden traten alle Teilnehmer/innen am vierten Tag die Heimreise an. Der Wunsch nach einer

Wiederholung der Tour, auch ein paar Tage länger, war nicht zu überhören. Hermann Müller bedankte sich im Namen aller Hessen bei Artur Jung und Jürgen Friedling für die gelungene Reiseleitung. Der Dank galt aber auch Hermann Müller, der in Losheim am See-Haus-

bach im Saarland das Licht der Welt erblickt und dort bis zu seinem 18. Lebensjahr gewohnt hatte. „Er hat seine saarländische Heimat gut vertreten“, bescheinigte ihm Artur Jung zum Abschied.

hmgdp

Bekanntmachungen

25jähriges GdP Jubiläum

Jungmann, Frank
(KG Limburg-Weilburg)
Schneider, Martin
(KG Bad Homburg)
Falke, Heiko
(KG Wiesbaden)

50jähriges GdP Jubiläum

Schulz, Klaus
Zankl, Rudi
(KG Bad Homburg)
Letschert, Edmund
(KG Usingen)

60jähriges GdP Jubiläum

Friedrich Herschelmann
(KG Bad Homburg)

40. Geburtstag

Schmidt, Sabine
Reuter, Sonja
(KG PAST Wiesbaden)
Birx, Uwe
(KG Limburg-Weilburg)
Knippelberg, Christof
Kustin, Thorsten
(KG Main-Taunus)
Prasser, Michaela
(KG Rheingau)

50. Geburtstag

Jubl, Alfred
Lieber, Klaus
Bathke, Hans-Jörg
(KG Untertaunus)
Schiffer, Klaus
Unrath, Robert
(KG Bad Homburg)
Nickel, Bernd
(KG Main-Taunus)
Riedel, Lothar
(KG Rheingau)
Türk, Thomas
(KG Wiesbaden)



WIR GRATULIEREN:
HERZLICHEN GLÜCKWUNSCH
ZUM GEBURTSTAG! 

60. Geburtstag

Welz, Bernd
(KG PAST Wiesbaden)
Stoll, Burghard
(KG Limburg-Weilburg)
Gräber, Heidi
Wiefett, Irmgard
(KG Bad Homburg)
Schüler, Gert
Wolf, Karl-Heinz
Pawlitte, Peter
(KG Main-Taunus)
Götz, Heinz-Volker
(KG Usingen)
Sakowski, Horst
Scholz, Roland
Weeber, Roland
(KG Wiesbaden)

70. Geburtstag

Bruweleit, Hans
Ziermann, Karl
(KG PAST Wiesbaden)
Horn, Ludwig
(KG Untertaunus)
Menger, Heinrich
(KG Bad Homburg)
Will, Günther

Snyder, Roswitha
Waschke, Wolfgang
(KG Wiesbaden)

75. Geburtstag

Dillmann, Günter
Kraunse, Johanna
(KG Wiesbaden)

80. Geburtstag

Zoske, Klaus
(KG Untertaunus)
Scheu, Fritz
(KG Wiesbaden)

85. Geburtstag

Wunderlich, Helmut
(KG Wiesbaden)

90. Geburtstag

Becker, Josef
(KG Main-Taunus)
Steinborn, Karolina
(KG Wiesbaden)

Ruhestand

Schüler, Gert
Pawlitte, Peter
Wolf, Karl-Heinz
(KG Main-Taunus)
Fürst, Edgar
Sakowski, Horst
Scholz, Roland
(KG Wiesbaden)

